

## **Protokoll**

---

**Uhrzeit:** 14:10 Uhr – 17.20 Uhr

**Ort:** Konferenzzentrum im Ludwig Erhard Haus

**Vorsitz:** Präsident Dr. Eric Schweitzer

**Anwesend:** Die in der Anwesenheitsliste verzeichneten Mitglieder und Gäste.

Jan Eder (Hauptgeschäftsführer)

Christian Wiesenhütter (stellvertretender Hauptgeschäftsführer)

Katja Steinbrück

Simone Blömer (Protokollführerin)

### **Tagesordnung:**

**TOP 1: Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom  
05. September 2012**

**TOP 2: Legislaturprogramm 2012 – 2017 und Arbeitsprogramm 2013**

**TOP 3: Finanzen der IHK Berlin**

**TOP 4: Regularien**

**TOP 5: Geschäftsordnung der Vollversammlung der IHK Berlin**

**TOP 6: Wirtschaftspolitische Positionen der IHK Organisation 2013**

**TOP 7: Aktuelle Themen**

**TOP 8: Verschiedenes**

Zu Beginn der Sitzung sind 81 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

**Herr Dr. Schweitzer** bittet die Vollversammlung, vor Eintritt in die Tagesordnung einen zusätzlichen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, zu dem auch ein Beschluss gefasst werden soll. Er erläutert, dass eine Beschlussfassung zu Angelegenheiten, die nicht auf der Tagesordnung stehen, nur mit dem Einverständnis von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder möglich ist. Inhaltlich handelt es sich um den Verkauf der von der IHK Berlin an der Wohnheim Reichsstraße GmbH gehaltenen Geschäftsanteile. Bei Versand der Einladung war die Beschlussfassung über die Veräußerung der Wohnheim Reichsstraße GmbH noch nicht entscheidungsreif, weshalb der Punkt nicht auf der Tagesordnung stand.

**Die Vollversammlung stimmt bei zwei Enthaltungen für die Erweiterung der Tagesordnung um den Beschluss zum Verkauf der Geschäftsanteile der IHK Berlin an der Wohnheim Reichsstraße GmbH.**

**TOP 1:           Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 05. September 2012**

**Herr Dr. Schweitzer** informiert über einen Einwand von Herrn Hübner gegen das Protokoll unter TOP 2 zum Thema Kooptationen. Dort steht: „Herr Hübner bemängelt, dass die Namen der zu Kooptierenden der Vollversammlung erst mit der Einladung zugegangen sind. Er stellt den Antrag, die Kooptation auf die nächste Sitzung der Vollversammlung zu verschieben und hierzu vorher ein Vollversammlungsgespräch durchzuführen.“ Herr Hübner bittet um die Streichung des ersten Satzes, da er sich nicht richtig wiedergegeben fühlt. Es soll dort stehen: „Herr Hübner stellt den Antrag, die Kooptation auf die nächste Sitzung der Vollversammlung zu verschieben und hierzu vorher ein Vollversammlungsgespräch durchzuführen“. Herr Dr. Schweitzer schlägt vor, das Protokoll entsprechend zu ändern, womit die Vollversammlung einverstanden ist.

**Die Vollversammlung genehmigt sodann die Niederschrift der konstituierenden Sitzung der Vollversammlung vom 05. September 2012 mit der vorgeschlagenen Änderung einstimmig.**

### TOP 2:           **Legislaturprogramm 2012 – 2017 und Arbeitsprogramm 2013**

#### 1.    **Legislaturprogramm 2012 – 2017**

**Herr Eder** stellt zunächst das Legislaturprogramm 2012 – 2017 vor, das den Rahmen für die inhaltliche Arbeit der Vollversammlung und der IHK Berlin für die Dauer der Legislaturperiode vorgibt. Ausgefüllt wird das Fünfjahres-Programm durch die jährlichen Arbeitsprogramme. Gegliedert wurde das Legislaturprogramm erstmals nicht mehr nach den Geschäftsfeldern der IHK Berlin, sondern nach Aktionsfeldern, die die für den Berliner Wirtschaftsstandort essenziellen Themen widerspiegeln. Dazu gehören u.a. Aspekte wie regionale Wirtschaftsförderung, Infrastruktur, Fachkräfte und Arbeitsmarkt sowie Wissenschaft und Technologietransfer.

An der Erstellung des Legislaturprogramms waren zunächst die Vollversammlung im Rahmen eines Vollversammlungsgesprächs sowie anschließend alle Ausschüsse beteiligt. In diesem breiten Konsultationsprozess wurden so für die insgesamt acht Aktionsfelder konkrete Ziele und entsprechende Maßnahmen und Forderungen formuliert.

Herr Eder bedankt sich bei allen Beteiligten, ohne deren Expertise ein solches Programm nicht mit Leben gefüllt werden könnte.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Herren Dobat, Eder, Girtl, Kuczejda, Renner** und **Dr. Schweitzer**. Im Ergebnis soll das Legislaturprogramm wie folgt ergänzt werden:

- Beim Thema Wissenschaft und Technologietransfer sollen die finanziellen und personellen Ressourcen seitens des Landes nicht nur auf die Entwicklung und Weiterentwicklung der Zukunftsorte konzentriert werden, sondern auch den Bestand berücksichtigen.
- Beim Thema Unternehmensfinanzierung soll neben Crowd-Funding auch über das Instrument der Finanzierung Crowd-Investing informiert werden.
- Beim Thema Haushalt und Wettbewerb soll auch für gemischtwirtschaftliche Unternehmen sicher gestellt werden, dass es fairen Wettbewerb mit privaten Unternehmen gibt.

Die endgültige Version des Legislaturprogramms wird der Vollversammlung nach Layoutgestaltung und Druck zugehen.

Außerdem wird zum Thema Fusion von Berlin Partner und TSB angeregt, dass der Förderverein der TSB als Stimme des Mittelstandes am Fusionsprozess beteiligt werden soll. **Herr Eder** sagt zu, dieses Anliegen bei entsprechenden Gesprächen einzubringen.

**Herr Dobat** kritisiert fehlende Aussagen zur Verbesserung der Mitgliederdaten und zur Lockerung der Ausbilder-Eignungsverordnung. Er teilt ferner nicht die darin enthaltenen Aussagen zu Mindestlöhne und Rekommunalisierung.

**Die Vollversammlung beschließt bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen das Legislaturprogramm 2012-2017 mit den drei genannten Ergänzungen.**

### **2. Arbeitsprogramm 2013 und Leistungsbilanz 2012**

Bevor es um die inhaltlichen Aufgaben für das Jahr 2013 geht, zieht **Herr Eder** anhand der als Tischvorlage ausliegenden Leistungsbilanz Resümee über das 2012 Erreichte. In der Bilanz werden ausschnittsweise die wichtigsten Erfolge der IHK-Arbeit genannt: wie z.B. die Erstellung des Fachkräftemonitors oder die Umsetzung von IHK-Forderungen. Das gilt insbesondere bei der Nachnutzung Tegels und anderer wichtiger Infrastrukturprojekte wie der A 100, oder bei der Teilausschreibung des S-Bahnbetriebes. Neben den inhaltlichen Schwerpunkten sind auch die Leistungen im Bereich der gesetzlichen Pflichtaufgaben und Serviceleistungen der IHK Berlin aufgeführt.

Anschließend geht **Herr Eder** auf das Arbeitsprogramm ein, das die inhaltliche Grundlage der Arbeit für das Jahr 2013 darstellt. Die Gliederung orientiert sich an der des Legislaturprogramms, wobei hier die Themen mit Zielen für das Jahr 2013 unterlegt sind. An der Erarbeitung der Inhalte waren die Ausschüsse der IHK-Berlin beteiligt.

Er sagt zu, die bereits im Rahmen des Legislaturprogramms diskutierten Punkte – wo nötig und möglich – auch im Arbeitsprogramm anzupassen. Eine ergänzte Version des Arbeitsprogramms ist dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt.

Bei der anschließenden Abstimmung sind 83 Mitglieder anwesend.

**Die Vollversammlung verabschiedet bei drei Enthaltungen und ohne Gegenstimmen das Arbeitsprogramm 2013.**

### **TOP 3: Finanzen der IHK Berlin**

#### **1. Entwicklung Finanzen 2012**

Die Vorsitzende der Etatkommission, **Frau Witt**, nennt zu Beginn die drei wichtigsten Punkte: 1. Das Geschäftsjahr 2012 wird erneut mit einem Überschuss abschließen. 2. Etatkommission und Präsidium schlagen der Vollversammlung eine erneute Senkung der Beiträge in

2013 vor. 3. Das Jahresergebnis 2013 ist wegen der rückläufigen Erträge aus Beiträgen und Gebühren und den steigenden Aufwendungen erstmals negativ geplant. Das Defizit soll durch den Vortrag oder Entnahmen aus den Rücklagen gedeckt werden.

Im Einzelnen erläutert **Frau Witt** anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation zunächst die für 2013 geplanten Erträge. Die Betriebserträge werden vermutlich um knapp 8 Mio. Euro (Plan zu Plan) zurückgehen. Gründe dafür sind zum einen die rückläufigen Einnahmen aus Beiträgen der Vorjahre aufgrund der Senkungen in den Jahren 2010 und 2011. Zum anderen sollen die Erträge aus dem laufenden Jahr auch durch eine erneute Senkung der Beiträge zurückgehen: Etatkommission und Präsidium schlagen vor, den Umlagehebesatz um 17,9 Prozent auf 0,23 Prozent des Gewerbeertrages bzw. des Gewinns aus Gewerbebetrieb zu senken. Zudem sollen sämtliche Grundbeiträge um 20 Prozent abgesenkt werden. Dies ist die dritte Beitragssenkung in Folge: In den Jahren ab 2010 hat die IHK Berlin die Grundbeiträge um 36 Prozent (17,5 Mio. Euro) und die Umlage um 49 Prozent (33,1 Mio. Euro) gesenkt. Insgesamt entlastete dies die Berliner Unternehmen um 50,6 Mio. Euro. Die Gebühren gehen zurück, weil die Ausbildungsgebühren für alle ab dem 01.01.2012 abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse auf einen Deckungsgrad von 50 Prozent gesenkt wurden, was sich in 2013 deutlicher auswirkt. Die Prüfungs- und Betreuungsgebühren Ausbildung werden daher mit 1,3 Mio. Euro weniger dotiert.

Daraufhin erläutert **Frau Witt** die geplanten Aufwendungen. Der Betriebsaufwand - dazu zählen Personalaufwand, Materialaufwand, Abschreibungen und sonstige betriebliche Aufwendungen – steigt leicht um rund 500 T Euro (Plan zu Plan), wobei sich hier Zu- und Abnahmen in den einzelnen Positionen gegenüber stehen. Zunahmen ergeben sich beim Personalaufwand um rund 900 T Euro und bei Abschreibungen um rund 200T Euro. Hingegen sinken der sonstige betriebliche Aufwand um rund 500 T Euro und der Materialaufwand um knapp 40 T Euro. Beim sonstigen betrieblichen Aufwand ist besonders die planmäßige Steigerung der Leasingrate im 4. Quartal 2012 um 28 Prozent zu erwähnen, was zu einer Erhöhung des Planansatzes von 11,4 Mio. Euro auf 14 Mio. Euro führt. Diese Erhöhung um 2,6 Mio. Euro wird durch geringere Abschreibungen auf Forderungen aus Beiträgen um rund 2,5 Mio. Euro fast kompensiert. Hier hatte sich in 2012 gezeigt, dass die Beitreibung ausstehender Beiträge für die vergangenen Jahre erfolgreicher ist, als erwartet. Die Aufwendungen für die LEH-Instandhaltung sind um 300 T€ niedriger als im Vorjahr angesetzt.

Der Anstieg des eingeplanten Personalaufwands geht auf die steigenden Personalkosten zurück. Die Zunahme für Gehaltsaufwendungen um 608,7 T Euro setzt sich zusammen aus vorsorglich geplanten zwei Prozent höheren Gehaltsaufwendungen, variablen Gehaltsbe-

standteilen, individuelle Erhöhungen und aus acht zusätzlich erforderlichen neuen Stellen. Zum Anstieg der Personalaufwendungen erläutert **Herr Eder** die geplanten Stellen im Einzelnen. Erforderlich sind die neuen Stellen hauptsächlich aufgrund neuer Aufgaben der IHK Berlin sowie gestiegenem Arbeitsanfall in den Bereichen Datenschutz und Beitrag. Hinzu kommen die erfolgreiche Weiterführung von Projekten wie „Haus der kleinen Forscher“. Um die Mitgliederinteressen der IHK Berlin besser wahrnehmen zu können, sind darüber hinaus zusätzliche Kapazitäten im Bereich Medien und Kommunikation sowie für die Betreuung der Branchen Industrie bzw. Informations- und Kommunikationstechnologien geplant. Auch mit diesen zusätzlichen Stellen bleibt die IHK Berlin bezüglich Personalkapazität je Mitgliedsunternehmen schlank aufgestellt. Details können den Folien 13 bis 20 der dem Protokoll beigelegten Präsentation (siehe Anlage 2) entnommen werden.

**Frau Witt** führt weiterhin aus, dass das Finanzergebnis im Plan für 2013 gegenüber dem Plan 2012 um 1 Mio. Euro sinkt, da ein Zinsniveau auf ähnlich niedrigem Niveau wie in der Hochrechnung 2012 eingeplant ist und die Marktverhältnisse weiterhin nur einen Kauf von Finanzanlagen über Pari mit anschließender Abschreibung auf den Nennwert zulassen.

Das Jahresergebnis 2013 ist wegen der rückläufigen Erträge aus Beiträgen und Gebühren und den steigenden Aufwendungen negativ geplant. Gemäß Finanzstatut der IHK Berlin ist der Erfolgsplan auszugleichen, abgebildet werden soll dies durch eine Entnahme aus dem Jahresvortrag oder den Rücklagen.

### **2. Mittelfristiges Erfolgsszenario und Risikoabdeckung**

**Frau Witt** gibt einen Ausblick auf die mittelfristige Entwicklung der Wirtschaftsführung bis 2018. In etwa auf dem Planniveau von 2013 fortgeschrieben sind Beiträge, Entgelte, Erträge, Abschreibungen und Finanzaufwand. Die Senkung der Ausbildungsgebühren zum 01.01.2012 wird auch in 2014 Auswirkungen haben, weshalb die Erträge aus Gebühren geringer angesetzt sind. Material-, Personal- und sonstiger Aufwand sind überwiegend mit einer 2-prozentigen Steigerung pro Jahr fortgeschrieben. Dies führt zu negativen Jahresergebnissen, die durch Entnahmen aus der Liquiditätsrücklage (Rücklage für Risiken aus dem LEH-Leasingvertrag) ausgeglichen werden können. Die Neujustierung der LEH-Leasingrate resultiert ab 2018 in einer Entlastung der Wirtschaftspläne um 5-6 Mio. Euro jährlich. Nach derzeitiger Hochrechnung werden alle dargestellten Risiken Ende 2013 vollständig abgedeckt sein.

Zum Schluss bittet **Frau Witt** im Namen des Präsidiums und der Etatkommission um die Zustimmung zur Wirtschaftssatzung 2013.

**Herr Dr. Schweitzer** dankt den Mitgliedern der Etatkommission, Frau Witt, Frau Dr. Kramm, Herrn Jacobus, Herrn Mackebrandt, Herrn Romberg und Herrn Weiffenbach für ihre gute Arbeit und das große Engagement.

**Herr Janßen** hinterfragt die Steigerung der Leasingrate für das LEH, möchte die entsprechenden Verträge einsehen können und thematisiert die Bildung eines Haushaltsausschusses. **Herr Dr. Schweitzer** verweist auf das letzte Vollversammlungsgespräch zum Thema Finanzen, wo die betrieblichen Aufwendungen und die Finanzierung des LEH bereits ausführlich besprochen wurden. Selbstverständlich können die Leasingverträge eingesehen werden. Hinsichtlich der Ausschussthematik weist er nochmals auf die satzungsmäßige Aufgabe des Präsidiums hin, den Wirtschaftsplan vorzubereiten. Wer dies ändern möchte, muss zunächst die Satzung ändern.

**Herr Dobat** verliest seine Ausführungen, die u.a. Fragen zu den Punkten Prüfung der Wahleinsprüche, einstweilige Verfügungen der IHK Berlin gegen Herrn Scharfenberg, Dienstvertrag des IHK-Hauptgeschäftsführers und der Mitgliederzahl der IHK Berlin beinhalten. Er bittet darum, diesen Text dem Protokoll beizufügen (erfolgt in Anlage 3). Zudem schlägt er vor, dass Einzugsverfahren der Beiträge der IHK Berlin an das Finanzamt zu koppeln.

**Herr Dr. Schweitzer** geht auf die Frage zum Dienstvertrag von Herrn Eder ein. Der IHK-Haushalt und die Kennzahlen sind transparent und entsprechen mindestens den gesetzlichen und satzungsrechtlichen Vorgaben. Demgegenüber gibt es keine gesetzliche Regelung, die Gehaltshöhe und die Inhalte des Anstellungsvertrages des Hauptgeschäftsführers zu veröffentlichen. Die IHK Berlin ist in diesen Punkten dennoch transparent: Die Entscheidung über den Anstellungsvertrag des Hauptgeschäftsführers und die Inhalte (auch die Gehaltshöhe) trifft das gesamte Präsidium. Hinsichtlich der Fragen rund um die Vollversammlungswahl verweist Herr Dr. Schweitzer auf TOP 8, unter dem ein entsprechender Beitrag zu diesen Themen geplant ist.

Auf die Fragen von Herrn Dobat zum Thema Mitgliederzahlen erläutert **Herr Irrgang**, dass jedes Unternehmen IHK-Mitglied ist, das die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt. Weil die Mitgliedschaft nicht von einem formalen Antrag, einer Registrierung oder einer An- oder Abmeldung abhängt, ist eine exakte Zahl kaum zu nennen. Die Qualität der IHK-Daten hängt daher zwangsläufig von der Qualität der ihr von den Gewerbe- und Finanzämtern gelieferten Daten ab. Wenn Unternehmer ihre Tätigkeit einstellen und sich bei den Ämtern nicht abmelden, besteht für die IHK im Hinblick auf diesen Personenkreis keine Chance für eine aktuelle Datenhaltung. Hinzu kommen massive Veränderungen im Bestand – rund 30.000 Zu- und

Abgänge pro Jahr. Aktuell geht die IHK Berlin von rund 287.000 Mitgliedern aus. Allerdings laufen zurzeit – wie kurz vor der Vollversammlungswahl - größere Datenbereinigungen, dazu gehören ein Abgleich mit der Finanzverwaltung und Aufklärung von Retouren. Zudem gibt es ein Bündel von laufenden Maßnahmen zur Sicherung der Adressqualität. Dazu gehören:

- laufende Verarbeitung der Gewerbean-, -ab- und -ummeldungen, die die IHK Berlin von allen Gewerbeämtern monatlich bekommen,
- laufende Verarbeitung von relevanten Handelsregistermeldungen,
- Klärung von Fällen ohne steuerliche Bemessungsgrundlagen mit der Finanzverwaltung,
- Versand von Massendrucksachen (Bescheide, BW) mit Premiumadresse,
- Abgleich von Retouren mit dem Einwohnermeldeamt,
- Anschreiben an Retouren und Klärung des Sachverhaltes.

Hinsichtlich des Vorschlages Koppelung des Beitragseinzuges mit dem Finanzamt weist Herr Irrgang darauf hin, dass es hier bereits ein automatisiertes elektronisches Abgleichverfahren gibt, bei dem die Finanzverwaltungen der IHK Berlin die für die Beitragsbemessung relevanten Bemessungsgrundlagen übermitteln. Dieses Verfahren nutzt die IHK Berlin auch für Datenabgleiche zur Verbesserung der Mitgliederdaten.

Bei der anschließenden Abstimmung sind 82 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

**Die Vollversammlung stimmt bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen der Wirtschaftssatzung 2013, wie sie der Vollversammlung als Anlage 4 mit der Einladung zugegangen ist, zu.**

### **3. Verkauf Wohnheim Reichsstraße GmbH**

**Herr Dr. Schweitzer** gibt der Vollversammlung zunächst einen Überblick über die Historie der Wohnheim Reichsstraße GmbH, deren 100-prozentige Anteilsinhaberin die IHK Berlin seit 1963 ist. Mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus wurden 1966 zwei Hochhäuser auf dem Grundstück der Gesellschaft erbaut (Grundstücksgröße 10.893 m<sup>2</sup>), um Angestellten kurzzeitig preisgünstigen Wohnraum anbieten zu können. Auf Grund der schon seit Jahren veränderten Wettbewerbssituation auf dem Berliner Wohnungsmarkt ist ein solches Engagement der IHK heute grundsätzlich nicht mehr erforderlich.

**Herr Eder** ergänzt dass in den letzten Jahren Verkaufsbemühungen immer wieder gescheitert sind. Im Herbst 2009 hat die IHK ein Verkehrswertgutachten in Auftrag gegeben. Eine Veränderung des ermittelten Grundstückswertes ist derzeit nicht zu erwarten. Der als ange-



messen ermittelte Verkaufspreis für die Geschäftsanteile der IHK Berlin an der Wohnheim Reichsstraße GmbH wird von dem aktuellen Kaufinteressenten übertroffen.

Dazu führt **Herr Meerstein** weiter aus, dass es in jüngster Zeit vermehrt Anfragen gab. Die IHK Berlin hat sich daher ohne rechtliche Verpflichtung zur Ausschreibung zu einem Bieterverfahren entschieden und alle bekannten 18 Interessenten angeschrieben. Weitere Kaufinteressenten haben sich eigeninitiativ gemeldet und am Verfahren teilgenommen. Im Ergebnis hat der Interessent [REDACTED] gewonnen, der den Vertragsentwurf inhaltlich akzeptiert und [REDACTED] Euro geboten hat. Zudem ist er bereit, die Verbindlichkeiten der Gesellschaft in Höhe von [REDACTED] Euro zu übernehmen. Eine entsprechende Beschlussvorlage ist als Tischvorlage ausgelegt und dem Protokoll als Anlage 4 beigefügt

An der Diskussion zu diesem Thema beteiligen sich die **Herren Duge, Gruhn, Hübner, Janßen, Klussmann, Meerstein, Dr. Schweitzer** und **Welz**.

Die Vollversammlung freut sich, dass die Gesellschaft inkl. Verbindlichkeiten in Höhe von [REDACTED] Euro insgesamt zu einem Wert von [REDACTED] Euro zum Stichtag [REDACTED] verkauft wird. Hinsichtlich der Vertragsabwicklung bittet sie darum, dass die Geschäftsanteile erst nach Eingang der Kaufsumme (Vorkasse) oder nach Überweisung auf ein Notaranderkonto erfolgt. Die Gesellschaft ist in der Bilanz 2012 als Beteiligung mit 2,0 Mio. Euro ausgewiesen. Der Verkaufserlös in Höhe von [REDACTED] Euro würde dann mit einem Saldo von [REDACTED] Euro in das Jahresergebnis 2013 einfließen, über dessen Verwendung die Vollversammlung entscheiden wird.

**Herr Janßen** fragt, warum die Vollversammlung über Verkauf und seine Einzelheiten nicht vor der Sitzung entsprechend informiert wurde. **Herr Klussmann** betont als Vertreter der Immobilienbranche im Präsidium, dass Immobiliengeschäfte in dieser Größenordnung nicht öffentlich verhandelt werden können. Zudem schlägt er eine Erweiterung des Beschlusstextes des Inhalts vor, dass die Übernahme der Verbindlichkeiten der Gesellschaft iHv. [REDACTED] Euro Erwähnung findet.

Bei der anschließenden Abstimmung sind 82 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

**Die Vollversammlung stimmt bei einer Enthaltung und ohne Gegenstimmen der Veräußerung der Geschäftsanteile der IHK Berlin an der Wohnheim Reichsstraße GmbH an den Kaufinteressenten [REDACTED] zu einem Kaufpreis von [REDACTED] Euro bei gleichzeitiger Übernahme der Verbindlichkeiten der Gesellschaft iHv. [REDACTED] Euro zu.**

**TOP 4: Regularien**

**1. Neufassung der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/innen**

**Herr Eder** erläutert, dass für die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/innen eine Neufassung der Satzung erforderlich ist, weil sich wichtige Rechtsgrundlagen (Änderungen im Europäischen Übereinkommen über internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR) und Gefahrgutverordnung Straße, Eisenbahn und Binnenschifffahrt (GGVSEB)) geändert haben. Der der Vollversammlung als Anlage 5 zur Einladung vorliegende Satzungsentwurf entspricht der DIHK-Mustersatzung.

Bei der anschließenden Abstimmung sind 81 Mitglieder der Vollversammlung anwesend.

**Die Vollversammlung beschließt bei einer Enthaltung die Neufassung der Satzung betreffend die Ausbildung der Gefahrgutfahrer/innen, wie in der Beschlussvorlage, die der Vollversammlung als Anlage 5 zugegangen ist, vorgeschlagen.**

**2. Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarif)**

**Herr Eder** berichtet von sechs Gebührentatbeständen, die einer Änderung bedürfen bzw. neu eingeführt werden sollen.

- Im Bereich Berufsbildung und Ausbildung ist die Einführung neuer Gebührentatbestände für kodifizierte Zusatzprüfungen erforderlich. Dabei handelt es sich um freiwillige Zusatzprüfungen, die in einigen Berufen wie zum Beispiel Musikfachhändler/-in und Tourismuskaufmann/-frau vorgesehen sind.
- Bei der Sach- und Fachkunde soll für die Schulungen der Gefahrgutfahrer/innen eine Anpassung der Gebühren erfolgen, da sich hier der Aufwand zur Durchführung erhöht hat.
- Auch in der Außenwirtschaft führt ein erhöhter Aufwand zu einer entsprechenden Anpassung der Gebühren für die Ausstellung von Ursprungszeugnissen und Bescheinigungen. So müssen demnächst alle von den IHKs ausgestellten Dokumente hinsichtlich der darin genannten Personen und Firmen gegen die Anti-Terrorlisten geprüft werden.
- Aufgrund von gestiegenen Qualitätsanforderungen im Sachverständigenwesen sind auch in diesem Bereich höhere Gebühren notwendig.
- Mit dem Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts sind die IHKs u.a. für die Registrierung zuständig, was die Einführung einer Gebühr für diese Tätigkeit erforderlich macht.
- Und schließlich sollen künftig für Aktenauskünfte und Akteneinsicht nach dem Berliner

Informationsfreiheitsgesetz (IFG), dem die IHK Berlin unterliegt, Gebühren erhoben werden können.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die **Herren Dobat, Eder, Hübner, Irrgang, Paolini** und **Dr. Schweitzer**. Hinterfragt wird, ob auf die Einführung von Gebühren für kodifizierte Zusatzprüfungen verzichtet werden kann, um Anreize für das Ablegen von zusätzlichen Prüfungen zu schaffen. Grundsätzlich gilt bei allen Gebühren – auch bei den Ausbildungsgebühren - das Kostendeckungsprinzip. Mit ihrem Beschluss aus dem vergangenen Jahr, die Ausbildungsgebühren auf 50 Prozent der Kostendeckung zu senken, weicht die Vollversammlung von diesem Grundsatz bereits erheblich ab und trägt damit der aktuellen Situation auf dem Ausbildungsmarkt Rechnung und setzt zusätzliche Anreize, um auch leistungsschwächere Jugendliche in Ausbildung zu bringen. Diese Gebührendeckelung ist auch schon bei den hier zur Entscheidung stehenden Gebühren für kodifizierte Zusatzprüfungen berücksichtigt. Des Weiteren wird die neu einzuführende Gebühr für Amtshandlungen nach dem IFG diskutiert. Bislang wurden hierfür keine Gebühren erhoben. Dies soll sich aufgrund möglicherweise steigender Anfragen nach dem IFG ändern. Diese können einen erhöhten Aufwand verursachen, beispielsweise weil geprüft werden muss, ob personenbezogene Daten betroffen und diese ggfs. zu schwärzen sind. Die Gebührenpflicht gilt für alle Auskünfte und Einsichtnahmen auf Grundlage des IFG, wobei sich die vorgesehene Gebührenhöhe nach dem Gebührenverzeichnis der Berliner Verwaltungsgebühren, das für alle Behörden gilt, richten soll.

**Die Vollversammlung stimmt der Beschlussvorlage zur Änderung der Anlage zur Gebührenordnung, wie sie mit Anlage 7 zur Einladung der Vollversammlung zugegangen ist, wie folgt zu:**

- 1. Gebührenänderung unter Abschnitt A. Berufsbildung/ Ausbildung, Prüfung von Zusatzqualifikationen bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen,**
- 2. Gebührenänderung unter Abschnitt C. Unterricht und Prüfung Sach- und Fachkunde, Anerkennung von Schulungen zur Ausbildung von Gefahrgutfahrer/innen bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen,**
- 3. Gebührenänderung unter Abschnitt D. Außenwirtschaft, Ursprungszeugnisse bei zwei Enthaltungen,**
- 4. zur Gebührenänderung unter Abschnitt F. Recht und Steuern, Bestellung von Sachverständigen bei zwei Gegenstimmen und zwei Enthaltungen,**
- 5. Gebührenänderung unter Abschnitt F. Recht und Steuern, Finanzanlagenvermittler bei einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen.**

Zum sechsten Gebührentatbestand Gebührenänderung unter Abschnitt F. Recht und Steuern, Gebühren für Amtshandlungen nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG), beantragt **Herr Dobat**, die vorgeschlagene Ziffer 4.4 zu streichen. Seine Ausführungen sind dem Protokoll als Anlage 5 beigelegt.

**Die Vollversammlung lehnt sodann bei sieben Zustimmungen und 11 Enthaltungen den Antrag von Herrn Dobat auf Streichung der Ziffer 4.4 ab.**

**Die Vollversammlung beschließt bei sechs Gegenstimmen und vier Enthaltungen die Änderung der Anlage zur Gebührenordnung (Gebührentarife) unter Abschnitt F. Recht und Steuern, Gebühren für Amtshandlungen nach dem IFG.**

### **TOP 5:            Geschäftsordnung der Vollversammlung der IHK Berlin**

**Herr Eder** erinnert an die Diskussion über die Erarbeitung einer Geschäftsordnung in der konstituierenden Sitzung der Vollversammlung am 05. September 2012, wo sich die Vollversammlung zur Vermeidung ständiger Diskussionen über Verfahrensfragen entschieden hatte, eine Geschäftsordnung als zusätzliche Regelung der Grundlagen der Zusammenarbeit zu erarbeiten. Da bis zum Versand der Einladung keine Anmerkungen zu einer Geschäftsordnung seitens der Vollversammlung vorlagen, wurde mit Anlage 9 zur Einladung ein Entwurf des Hauptamtes als Diskussionsgrundlage eingebracht. Ein alternativer Entwurf von Herrn Dobat, der sich auf fünf nicht weiter benannte Vollversammlungsmitglieder bezieht, ging erst später ein und wurde der Vollversammlung per E-Mail am 27. Dezember 2012 zugestellt. Um die laufende Sitzung von einer Diskussion um einzelne Aspekte der Geschäftsordnung zu entlasten, hatte Herr Eder bereits die Bildung einer Arbeitsgruppe vorgeschlagen. Hierfür liegen schon Interessensbekundungen vor, weitere Interessenten können sich gern an das Büro von Herrn Eder wenden.

**Herr Dr. Schweitzer** ergänzt, dass die Arbeitsgruppe die Aufgabe hat, bis zur nächsten Sitzung der Vollversammlung im März auf Grundlage der beiden Vorschläge einen konsolidierten Entwurf zu erarbeiten, über den die Vollversammlung beschließen kann. Er weist darauf hin, dass es dabei nicht um Regelungen für die Arbeit von Präsidium und Ausschüssen gehen wird, da die Arbeitsweise dieser Gremien durch die Satzung geregelt sind.

**Die Vollversammlung ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.**

**Herr Dr. Schweitzer** berichtet anschließend, dass Herr Scharfenberg im Vorfeld der Sitzung die Bildung eines Ausschusses Kammermodernisierung angeregt hat, der sich u.a. mit den Themen Wahlbeteiligung, Transparenz, Leistungsportfolio und Mitgliederbeteiligung beschäftigen soll. Herr Dr. Schweitzer unterstützt den Vorschlag, schlägt jedoch vor, anstatt eines Ausschusses einen Arbeitskreis zum Thema Kammermodernisierung unter der Leitung von Herrn Eder einzurichten. Mit diesem Vorgehen hatte sich Herr Scharfenberg vor der Sitzung auch schon einverstanden erklärt. Interessierte können sich bei Frau Steinbrück melden.

**Die Vollversammlung ist mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.**

### **TOP 6:           Wirtschaftspolitische Positionen der IHK Organisation 2013**

**Herr Dr. Schweitzer** erläutert, dass es für die IHK Berlin oft notwendig ist, zu wirtschaftspolitischen Themen auf Bundesebene Stellung zu nehmen, weil die wirtschaftlichen Beziehungen nicht an der Grenze eines IHK-Bezirks enden und Rahmenbedingungen stark von bundespolitischen Entwicklungen beeinflusst werden. Die wichtigsten Positionen werden als Konsens aller 80 Kammern jährlich in den „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation“ zusammengestellt und von den Vollversammlungen aller IHKs verabschiedet.

**Herr Wiesenhütter** ergänzt, dass die IHK-Organisation mit den „Wirtschaftspolitischen Positionen der IHK-Organisation“ mittlerweile seit zehn Jahren ihre Empfehlungen zu einer Reihe zentraler wirtschaftspolitischer Handlungsfelder formuliert. Zu den wichtigsten Vorschlägen der IHK-Organisation zählen für 2013 u.a. die Fortsetzung des Bürokratieabbaus, die Beendigung der Schuldenpolitik, Sicherung von Fachkräften sowie eine effiziente Umsetzung der Energiewende. Einen weiteren Schwerpunkt setzt das Jahresthema 2013 „Infrastruktur, Wege für morgen“.

**Herr Kellermann** gibt zu Protokoll, dass die Wirtschaftspolitischen Positionen 2013 für ihn nicht tragbar sind. Als einen Grund nennt er die Forderung nach Steuersenkungen, die nicht mit den Forderungen nach Abbau der Schulden und vermehrten Investitionen in Bildung und andere Bereiche vereinbar wäre.

**Die Vollversammlung beschließt bei drei Gegenstimmen und zehn Enthaltungen die Wirtschaftspolitischen Positionen 2013 der IHK-Organisation.**

### TOP 7: Aktuelle Themen

#### 1. Berichte aus den Ausschüssen der IHK Berlin

**Herr Dobat** kritisiert das Ausschussberufungsverfahren, in dem seiner Meinung nach Mitglieder von proKMU benachteiligt wurden, weil sie nicht direkt berufen wurden, sondern ihnen zunächst für zwei Sitzungen ein Gaststatus angeboten wurde. **Herr Dr. Schweitzer** erläutert, dass das Präsidium mit diesem Verfahren den Befürchtungen der Ausschüsse Rechnung getragen hat, seitens der proKMU-Mitglieder mit Formaldebatten - wie in der Vollversammlung bereits geschehen - überzogen zu werden, worunter dann die inhaltliche Arbeit leiden würde. Vor diesem Hintergrund hat sich das Präsidium dazu entschieden, Mitgliedern von proKMU zunächst einen Gaststatus einzuräumen und die Berufung in die Ausschüsse von dem Votum der Ausschüsse selber abhängig zu machen.

**Herr Dr. Schweitzer** stellt die gewählten Vorsitzenden der neu konstituierten Ausschüsse vor. Er gratuliert ihnen zur Wahl und begrüßt sie als Gäste der Vollversammlung mit Rede- und Vorschlagsrecht. Ab der nächsten Sitzung der Vollversammlung haben Berichte aus den Ausschüssen einen festen Platz an dieser Stelle in der Tagesordnung der Vollversammlung, um über die Ergebnisse der Ausschussarbeit zu informieren. Die Liste mit den Namen der Ausschussvorsitzenden und ihrer Stellvertreter ist als Anlage 6 dem Protokoll beigefügt.

#### 2. Weitere aktuelle Themen

**Herr Dr. Schweitzer** geht auf das Thema Flughafen Berlin Brandenburg ein. Er berichtet, Herr Platzek habe ihn zu einem Termin eingeladen, den er gemeinsam mit Herrn Schwarz wahrnehmen wird. Bei dem Gespräch wird sicher die erneute Verschiebung der Eröffnung des Flughafens BER thematisiert werden. Er bittet die Vollversammlung um ihre Einschätzung zum Thema und Anregungen für das Gespräch.

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich **Frau Tittel** und die **Herren Prof. Dr. Budde, Jacobus, Klussmann, Meyer, Misgeld, Renner, Hans-Jörg** und **Karsten Schulze, Tepasse, Welz** sowie **Wiesenhütter**. Folgende Inhalte nennt die Vollversammlung für das Gespräch mit Herrn Platzek:

- weitere Investitionen in den Flughafen Tegel zur Bewältigung des erhöhten Fluggastaufkommens
- Entpolitisierung des Aufsichtsrates und Besetzung mit mehr Fachleuten
- bessere Kommunikation zwischen Wirtschaft und Politik um eine bessere Planbarkeit für die Unternehmen zu ermöglichen
- Unterstützung insbesondere kleiner und mittelständischer Unternehmen, die von der

Verschiebung des BER betroffen sind. **Herr Wiesenhütter** berichtet dazu, dass die IHK Berlin mit den betroffenen Unternehmen bereits ständig in Kontakt steht und sie demnächst gemeinsam mit der IBB und Berlin Partner zu Gesprächen einlädt. Anfang Juli 2012 hatte sich die IHK bereits an die Wirtschaftssenatorin gewandt und Liquiditätshilfen für die betroffenen Unternehmen gefordert.


**Herr Dr. Schweitzer** informiert die Vollversammlung über seine Nominierung als DIHK-Präsident. Die Wahl ist für den 20. März 2013 vorgesehen. Er wird das Amt des Präsidenten der IHK Berlin auch für den Fall seiner Wahl als DIHK-Präsident fortführen.

### TOP 8: Verschiedenes

**Herr Irrgang** berichtet Im Zusammenhang mit der Vollversammlungswahl zum aktuellen Stand in den Verfahren, die gegen die Zurückweisung der Einsprüche gegen die Wahl laufen und beantwortet damit die diesbezüglichen Fragen von Herrn Dobat (s. Anlage 3 zum Protokoll). Der Wahlausschuss hat zunächst die Einsprüche und anschließend die Widersprüche gegen die Vollversammlungswahl geprüft und ihnen im Ergebnis nicht abgeholfen. Damit sind diese nun laut Satzung als nächstes der Vollversammlung zur Entscheidung vorzulegen. Um die Entscheidung der Vollversammlung vorzubereiten hat der Wahlausschuss eine Kanzlei mit der zusätzlichen Überprüfung der rechtlichen Einschätzungen beauftragt.

**Herr Dr. Schweitzer** dankt den Vollversammlungsmitgliedern und bitte zum anschließenden Neujahrsempfang.

Berlin, den 25. Januar 2013



Dr. Eric Schweitzer  
Präsident



Jan Eder  
Hauptgeschäftsführer

### Anlagen:

- Anlage 1: Arbeitsprogramm 2013
- Anlage 2: Präsentation Wirtschaftsplan 2013

## Protokoll der Sitzung der Vollversammlung am 11. Januar 2013

---

- Anlage 3: Ausführungen Herr Dobat zu Wahleinsprüche, Dienstvertrag und Mitgliederzahlen
- Anlage 4: Tischvorlage Beschlussvorlage Wohnheim Reichstrasse GmbH
- Anlage 5: Antrag von Herrn Dobat zu TOP 4
- Anlage 6: Liste Ausschussvorsitzende